

Oktober
2021

SOVD *Magazin*

Herausgegeben vom Sozialverband Deutschland



Mehrheit für Bürgerversicherung
Zwei Drittel der Deutschen wollen Kurswechsel

Eine starke Gemeinschaft

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) vertritt die Interessen der Rentner, der Patienten und gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Wir setzen uns für Ihre Rechte ein und bieten unseren Mitgliedern Beratungsstellen in ganz Deutschland. Dort erhalten sie Hilfe bei Fragen zur gesetzlichen Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung oder in behindertenrechtlichen Dingen. Soziale Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir setzen uns für den Ausbau und den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme ein.



Der Sozialstaat ist ein wichtiges Auffangnetz für die Menschen – das zeigt sich gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen. Uns geht es auch um Chancengleichheit, zum Beispiel um die Bildung und Ausbildung, die unsere Gesellschaft behinderten und benachteiligten Kindern und Jugendlichen bietet.

Der SoVD ist eine starke Gemeinschaft mit rund 600.000 Mitgliedern. Bei uns können Sie sich engagieren und mit anderen gemeinsam aktiv werden. Einer von über 2.000 Ortsverbänden befindet sich bestimmt auch in Ihrer Nähe.



Die bundesweit über 600.000 Mitglieder des SoVD bilden eine starke Gemeinschaft.

Für sozialen Frieden sorgen!

Der SoVD fordert die künftige Regierung mit Blick auf ein 100-Tage-Programm zum schnellen Handeln auf.

Seite 4–11



Zweiter Inklusionstalk

SoVD sprach mit dem Bundesbehinderterbeauftragten Jürgen Dusel über Erfolge und Versäumnisse in der Politik.

Seite 32–37



Kostspielige Lebensqualität?

Eine weniger restriktive Versorgung mit Hilfsmitteln brächte einer Studie zufolge viele Vorteile.

Seite 16–25

Foto Titelbild: DC Studio / Adobe Stock



Pro Bürgerversicherung

Umfage für das ARD-Magazin „Monitor“ belegt, dass eine Mehrheit der Deutschen einen Kurswechsel will.

Seite 12–15



Regelsätze zu niedrig

SoVD kritisiert die Anpassungen ab 2022 im Bereich der Grundsicherung

Seite 26–29



100-Tage-Programm für künftige Regierung – SoVD fordert schnelles Handeln

Für sozialen Frieden sorgen!

Die Wahlen sind gelaufen, die Stimmen ausgezählt. Denkbar knapp ist die SPD in Deutschland nun stärkste Kraft. Auf ein Rekordtief fiel die Union. Noch ist nicht klar, welche Parteien die Regierung bilden. Fest steht jedoch, dass diese als Altlasten einige sozialpolitische Baustellen übernimmt. Angesichts der enormen Aufgaben mahnt SoVD-Präsident Adolf Bauer zur Entschlossenheit: „Es darf keine Hängepartie geben – die Verantwortlichen müssen schnell handeln!“

Einiges wurde in der nun zurückliegenden Legislatur angegangen, noch mehr aber landete auf der langen Bank. Insbesondere die drängenden sozialpolitischen Fragen und Probleme blieben weitgehend ungelöst. Allen voran ist das die zunehmende Spaltung der Gesellschaft, die sich in der Pandemie noch verschärft hat. Die grundlegenden Systemfehler und langjährigen gesellschaftlichen Fehlentwicklungen wurden mit Corona unübersehbar.

Doch abgesehen von den Herausforderungen der Corona-Krise, die

bis zur finanzpolitischen Frage reichen, wer die Kosten dafür schultern muss, waren die großen sozialpolitischen Problemfelder auch davor noch längst nicht geräumt. Wachsende Armut, die Ältere ebenso betrifft wie auch schon Kinder, andauernder Pflegenotstand, unzureichende Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in nahezu allen Lebensbereichen, große Lücken bei der inklusiven Bildung und Chancengleichheit, mangelnder bezahlbarer Wohnraum, fehlende zu Ende gedachte und sozialverträgliche Klimakonzepte – die Reihe ließe sich fortsetzen.

Foto: JFL Photography/Adobe Stock

Aufgabe der neuen Bundesregierung muss es sein, die gesellschaftliche Spaltung zurückzudrängen und soziale Gerechtigkeit herbeizuführen.

In den vergangenen Jahren hat der SoVD für viele Bereiche tragfähige Lösungskonzepte vorgelegt. Erst im Frühjahr richtete er zuletzt dringende Kernforderungen an die Parteien. Mit einem sozialpolitischen Sofortprogramm fordert der SoVD jetzt von der künftigen Bundesregierung, nach den Sondierungsgesprächen bereits in den ersten 100 Tagen zügig und entschlossen zu handeln. Ziel müsse es sein, den Sozialstaat für zukünftige Krisen fit zu machen. „Das Wahlergebnis hat eine tiefe Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerung mit der Politik der letzten Jahre gezeigt“, betont SoVD-Präsident Adolf Bauer. „Um soziale Stabilität und sozialen Frieden zu erreichen, gilt es jetzt mehr denn je, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.“

Mindestlohn auf 13 Euro heben und jährlich anpassen

Unter den Forderungen, die der SoVD mittels Sofortprogramm stellt, ist die Anhebung des Mindestlohns auf 13 Euro. Seit dem 1. Juli liegt dieser bei 9,60 Euro; in zwei weiteren Schritten soll er zum 1. Juli 2022

auf 10,45 Euro steigen – aus Sicht des SoVD reicht das nicht aus, um ein Leben und eine Rente oberhalb des Existenzminimums zu sichern.

Kindergrundsicherung soll vor Armut bewahren

Überzeugt davon, dass allen Kindern die gleichen Chancen zur Teilhabe und Potenzialentfaltung zustehen, fordert der SoVD darüber hinaus, eine Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut einzuführen. Mit einer bedarfsdeckenden Grundsicherung, die die verschiedenen kinderbezogenen Leistungen bündelt, soll der Staat sicherstellen, dass Unterstützungsleistungen unkompliziert und niedrigschwellig da ankommen, wo sie gebraucht werden – und zwar, ohne dass Kinder ein Stigma erleiden. Unabdingbar sind nach Überzeugung des SoVD zudem Leistungen der Infrastruktur wie Ganztagsbetreuung, Kitausbau, kostengünstiger Zugang zu Schwimmbädern, Musik- und Sportvereinen.

Eigenanteile in der Pflege bezahlbar machen

Mit einer durchschnittlichen monatlichen Rente in Höhe von 1.311 Euro

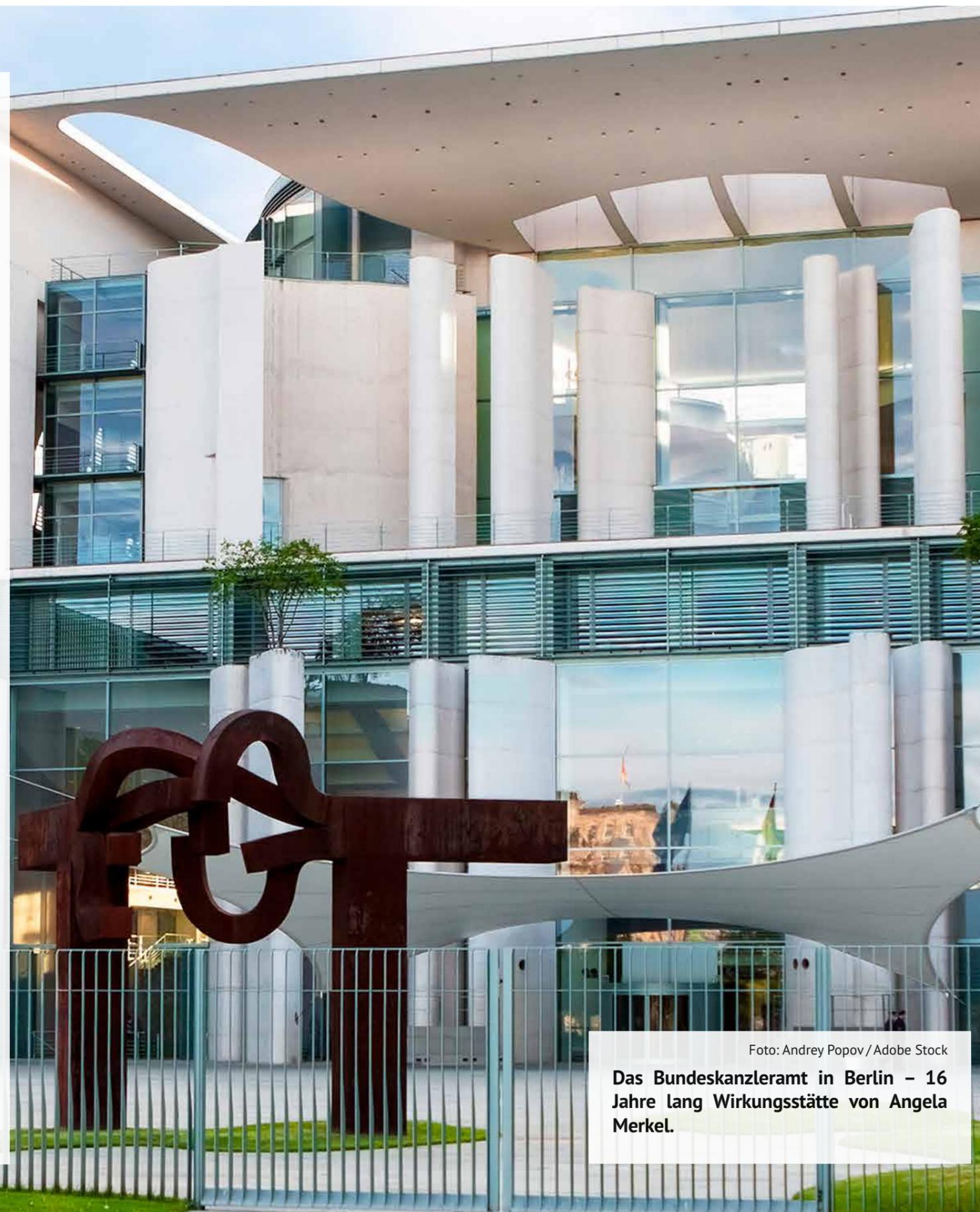


Foto: Andrey Popov / Adobe Stock

Das Bundeskanzleramt in Berlin – 16 Jahre lang Wirkungsstätte von Angela Merkel.



Foto: Andrey Popov / Adobe Stock

können viele Pflegebedürftige ihre pflegerische Versorgung längst nicht mehr stemmen. So liegen die Kosten der bundesweit durchschnittlichen Eigenanteile im vollstationären Bereich bei 2.125 Euro im Monat.

Der SoVD fordert, Pflege bezahlbar zu machen. In der vollstationären Pflege müssten dazu die einrichtungseinheitlichen Eigenanteile in einem ersten Schritt begrenzt werden, um sie mittelfristig auf Null zu reduzieren.

Versicherungsleistungen:

Kaufkraftverluste ausgleichen

Durch versäumte Anpassungen an die Lohnkostenentwicklung ist seit Langem ein Kaufkraftverlust in den Pflegeversicherungsleistungen entstanden. Das bedeutet für Pflegebedürftige höhere Zuzahlungen für gleichbleibende Leistungen. Der SoVD fordert zum Ausgleich Sofortmassnahmen: Nachgeholtte Anpassungen sollen Verluste zunächst ausgleichen, gefolgt von jährlichen, gesetzlich vorgeschriebenen Anpassungen.

Wohnungsbauprogramm für bezahlbaren Wohnraum

Besonders Haushalte mit geringem

und mittlerem Einkommen leiden unter der angespannten Wohnungssituation. Der SoVD will Bund, Länder und Kommunen in die Pflicht nehmen, unverzüglich ein Investitionsprogramm für öffentliche Wohnungsbauförderung zu starten. Den sozialen Wohnungsbau gelte es mithilfe öffentlicher und gemeinnütziger Träger erheblich auszubauen. Dabei sei auch ausreichend barrierefreier Wohnraum zu schaffen, so die Forderung.

Beschäftigungsprogramm für Menschen mit Behinderung

Weil schwerbehinderte Menschen in der Pandemie überproportional vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen wurden (siehe auch Seite 4), fordert der SoVD kurzfristig ein ausreichend finanziertes Beschäftigungsprogramm, das mehr Teilhabe sichert. Er bekräftigt die Forderung nach einer Verdoppelung der bisherigen Ausgleichsabgabe und nach der Einführung einer vierten Stufe.

Einkommensprüfung bei der Guldrente abschaffen

Als wichtiges Instrument zur Auf-

wertung niedriger Renten sowie zur Anerkennung von Lebensleistung hat die Grundrente aus Sicht des Verbandes einen erheblichen „Geburtsfehler“: die Einkommensprüfung. Eine erste Amtshandlung der Regierung sollte es sein, diese ersatzlos zu streichen.

Zuzahlungen bei Zahnersatz und Arzneimitteln beseitigen

Selbstbeteiligungen bei Zahnersatz und Arzneimitteln gehen zulasten ärmerer Betroffener und chronisch Kranker – mit weitreichenden gesundheitlichen und sozialen Folgen. Die Zuzahlungspflichten als Finanzierungsinstrument sind daher aus SoVD-Sicht zurückzunehmen.

Sonderregelungen in der Grundsicherung beibehalten

Nicht allein aus Gründen der Corona-Krise und den jüngsten Umweltkatastrophen plagen viele Menschen

starke Abstiegsängste – Tendenz steigend. Der SoVD spricht sich deshalb dafür aus, die pandemiebedingten Sonderregelungen in der Grundsicherung beizubehalten.

Foto: JFL Photography / Adobe Stock

Erwerbsminderungsrenten für alle verbessern

Zwar hat es Verbesserungen für Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner gegeben. Diese galten jedoch immer nur für die Zukunft. Das verfestigt die Armut vieler Rentner*innen. Der SoVD fordert, die Verbesserungen auf alle Menschen mit Erwerbsminderung auszuweiten.

Elternfreistellung rund um die Geburt eines Kindes einführen

Für die Betreuung und Erziehung von Kindern fordert der SoVD, eine bezahlte Freistellung für Väter und Co-Mütter mindestens zwei Wochen innerhalb der ersten 30 Tage nach der Geburt eines Kindes einzuführen.

Krisenlasten fairer durch Vermögensabgabe schultern

Zur kurzfristigen Finanzierung der coronabedingten Sonderausgaben macht sich der SoVD auch dafür stark, eine einmalige und zweckgebundene Vermögensabgabe einzuführen. Sie soll dazu dienen, die Lasten fairer zu finanzieren.

Bei Umfrage über Parteigrenzen hinweg große Mehrheit für Bürgerversicherung

Menschen wollen Kurswechsel

In einer Befragung von infratest dimap für das ARD-Magazin „Monitor“ sprechen sich mehr als zwei Drittel für eine Bürgerversicherung in der Krankenversicherung aus. Im Wahlkampf bezogen die Parteien deutlich für und gegen eine tiefgreifende Reform Stellung.

Foto: DC Studio/Adobe Stock

Kommt das Ende der Zwei-Klassen-Medizin? Das Gesundheitswesen ist eine der größten Baustellen für die neue Regierung.

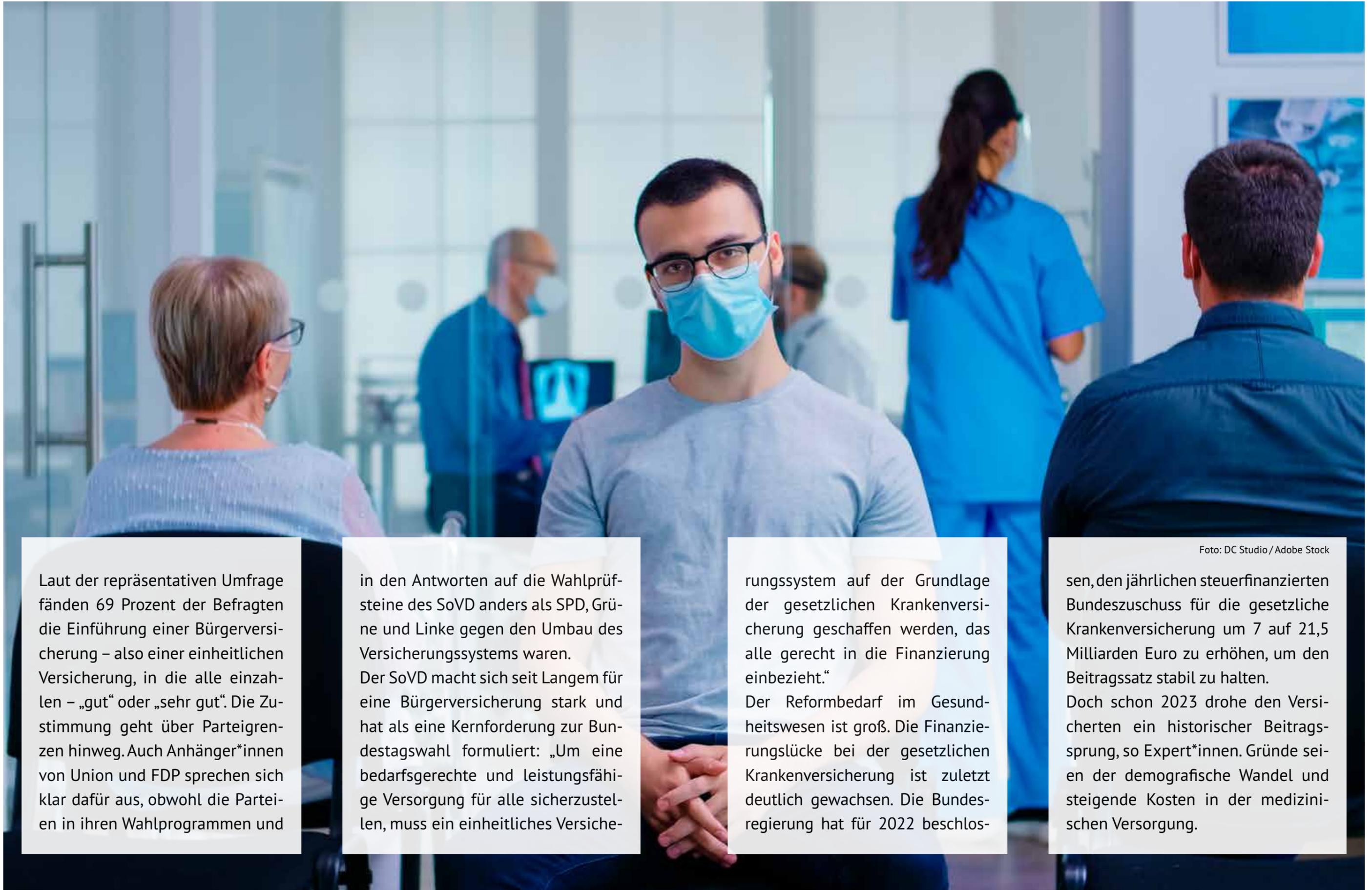


Foto: DC Studio / Adobe Stock

Laut der repräsentativen Umfrage fänden 69 Prozent der Befragten die Einführung einer Bürgerversicherung – also einer einheitlichen Versicherung, in die alle einzahlen – „gut“ oder „sehr gut“. Die Zustimmung geht über Parteigrenzen hinweg. Auch Anhänger*innen von Union und FDP sprechen sich klar dafür aus, obwohl die Parteien in ihren Wahlprogrammen und

in den Antworten auf die Wahlprüfsteine des SoVD anders als SPD, Grüne und Linke gegen den Umbau des Versicherungssystems waren. Der SoVD macht sich seit Langem für eine Bürgerversicherung stark und hat als eine Kernforderung zur Bundestagswahl formuliert: „Um eine bedarfsgerechte und leistungsfähige Versorgung für alle sicherzustellen, muss ein einheitliches Versiche-

rungssystem auf der Grundlage der gesetzlichen Krankenversicherung geschaffen werden, das alle gerecht in die Finanzierung einbezieht.“ Der Reformbedarf im Gesundheitswesen ist groß. Die Finanzierungslücke bei der gesetzlichen Krankenversicherung ist zuletzt deutlich gewachsen. Die Bundesregierung hat für 2022 beschlos-

sen, den jährlichen steuerfinanzierten Bundeszuschuss für die gesetzliche Krankenversicherung um 7 auf 21,5 Milliarden Euro zu erhöhen, um den Beitragssatz stabil zu halten. Doch schon 2023 drohe den Versicherten ein historischer Beitragsprung, so Expert*innen. Gründe seien der demografische Wandel und steigende Kosten in der medizinischen Versorgung.

Nicht immer erhalten Menschen mit Behinderung dringend benötigte Hilfsmittel

Kann Lebensqualität zu teuer sein?

Soweit möglich sollen Hilfsmittel vorhandene Beeinträchtigungen ausgleichen. Nicht immer aber werden Rollstühle, Hörgeräte oder Körperersatzstücke (Prothesen) von der Krankenkasse bezahlt. Oft entbrennt dann ein Streit darüber, was medizinisch notwendig oder möglicherweise schlicht zu teuer ist. Betroffene führen in der Folge einen zähen Kampf um Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe.

Es steht außer Frage, dass Versicherte einen Anspruch auf individuelle Versorgung haben. Gleichzeitig aber sind die Krankenkassen gesetzlich dazu verpflichtet, nur „notwendige, zweckmäßige und wirtschaftliche“ Hilfsmittel zu bewilligen. Medizinische Bedarfe und ärztliche Verordnungen müssen sich dabei nicht selten finanziellen Erwägungen unterordnen. So wird etwa jeder fünfte Antrag auf ein Hilfsmittel abgelehnt. Darauf weist auch eine aktuelle Studie hin (siehe Interview auf dieser Seite).

Tatsächlich vermeiden die Kassen dadurch oftmals Ausgaben. Denn die Betroffenen selbst nehmen drei

Viertel aller Ablehnungen stillschweigend hin. Und das, obwohl im Schnitt häufig mehr als die Hälfte der Widersprüche am Ende erfolgreich sind. Eine schlechte oder auch „nur“ verzögerte Versorgung bleibt jedoch nicht ohne gesundheitliche Folgen. Sie geht zulasten der Teilhabe und der Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen.

In seiner sozialpolitischen Arbeit setzt sich der SoVD dafür ein, dass die Belange von Patient*innen an erster Stelle stehen. Die Beratungszentren des Verbandes unterstützen Mitglieder dabei, ihre Ansprüche durchzusetzen.

Foto: AS Photo Project / Adobe Stock

Viele Menschen benötigen Prothesen, um beruflich oder privat am Leben teilzuhaben. Doch längst nicht alles, was ihnen den Alltag erleichtern könnte, wird auch bezahlt.





Heil- und Hilfsmittel

Per Rezept können Ärzt*innen Heil- und Hilfsmittel verordnen. Damit die gesetzlichen Krankenkassen diese dann auch bezahlen, muss ein therapeutischer Nutzen gegeben sein.

Zu Heilmitteln zählen nichtärztliche Behandlungsverfahren wie zum Beispiel Krankengymnastik oder Sprachtherapie. Hilfsmittel dagegen bezeichnen Gegenstände, die Patient*innen nutzen, um körperliche oder organische Beeinträchtigungen zu lindern oder auszugleichen. Hierfür kommen unter anderem Rollstühle, Hörhilfen oder auch Inkontinenzwindeln in Betracht. Im Jahr 2020 entfielen auf Hilfsmittel insgesamt 3,74 Prozent aller Ausgaben im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).

Foto: AS Photo Project/Adobe Stock

Die Anfertigung von Prothesen erfolgt individuell und ist daher entsprechend kostenintensiv.

Interview mit Pascal Escales zu seiner Studie über die Versorgung mit Hilfsmitteln

„Eine hochwertige Versorgung rechnet sich“

Vom Magazin „Rollstuhlkurier“ zum Ratgeber „Handicapped-Reisen“ – Pascal Escales führt ein Familienunternehmen, das es sich zum Ziel gesetzt hat, Menschen mit Beeinträchtigungen zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe zu verhelfen. Er hält die gängige Praxis, Versorgungslösungen durch einen Preis zu begrenzen, für würdelos. Seine Studie „Von einer Volkswirtschaft der Lebensqualität“ zeigt, dass eine hochwertige Versorgung letztlich auch wirtschaftliche Vorteile bringen würde. Wir sprachen mit Pascal Escales über den Alltag der Menschen, die auf Hilfsmittel angewiesen sind und was sich aus seiner Sicht ändern müsste.

Foto: icarmen13 / Adobe Stock

Bekämen Menschen mit Behinderungen verordnete Hilfsmittel ohne ärgerliche Verzögerung, würde das neben Zeit und Nerven wohl auch Geld sparen.

__Wie schätzen Sie das ein, erhalten Betroffene eigentlich immer die Hilfsmittel, die sie auch benötigen?

Theoretisch wäre eine umfassende und hochwertige Versorgung durchaus möglich. In der Praxis hängt die dann aber von mehreren Faktoren ab. Da spielen der eigene Bildungsgrad und finanzielle Möglichkeiten sowie rechtliche Kenntnisse oder auch die Beratung durch Fachleute eine wichtige Rolle. Entscheidend ist oft auch das individuelle Durchhaltevermögen. Wer gerade einen Schicksalsschlag erlitten hat, ist oftmals psychisch nicht in der Lage, sich mit der Krankenkasse rumzustritten, weshalb dieses oder jenes Hilfsmittel nun benötigt wird. Das kann unglaublich belastend sein.

__Wie kommt es eigentlich, dass Hilfsmittel nicht nur notwendig und zweckmäßig, sondern auch noch wirtschaftlich sein sollen?

Meiner Ansicht nach muss jeder mit allem versorgt werden, was ihm irgendwie das Leben erleichtern kann. In meiner Studie habe ich ganz bewusst aber auch die Frage

nach der Wirtschaftlichkeit betrachtet. Dabei hat sich sehr deutlich gezeigt, dass eine nicht erfolgte oder qualitativ schlechte Versorgung letztlich noch höhere Kosten nach sich zieht.

__Eine weniger restriktive Bewilligung von Hilfen wäre letztlich also wirtschaftlicher?

Wenn ich auf etwas warte, das ich dringend benötige, dann kostet das mich und auch meine Angehörigen sehr viel Nerven, Zeit und Geld. Das ist natürlich überhaupt nicht produktiv, und wir leben ja in einer Leistungsgesellschaft. Da müssen wir umdenken und erkennen, dass eine hochwertige und schnelle Versorgung letztlich der bessere Weg ist.

__Wenn wir frühzeitig Geld ausgeben, können wir also an anderer Stelle sparen?

Das Robert Koch-Institut hat schon vor einiger Zeit auf die immensen Folgekosten hingewiesen, die durch unzureichend behandelte Druckgeschwüre entstehen. Viele dieser Dekubitus-Fälle wären durch eine rechtzeitige Versorgung vermeidbar. Das brächte den Betroffenen nicht nur mehr Lebensqua-

lität, sondern würde gleichzeitig auch eine Milliardensumme einsparen. Und hier reden wir nur von diesem einen Bereich.

__Vielleicht ist die Frage naiv, aber warum machen wir das dann nicht einfach so?

Ich denke, das hat sehr viel mit Aufklärung zu tun. In Gesprächen höre ich immer wieder den Satz: „Das kann sich



Foto: privat

Pascal Escales

Foto: Dan Race / Adobe Stock

unsere Gesellschaft doch gar nicht leisten!“ Dabei werden weniger als vier Prozent aller Ausgaben im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung für Hilfsmittel verwendet. Trotzdem besteht diese Angst vor einer Überversorgung. Ganz ehrlich: Ich habe noch keinen Menschen mit einer Behinderung getroffen, der sich seine Wohnung mit Elektrorollstühlen vollstellen wollte.

__Wer sollte Ihrer Meinung nach über ein Hilfsmittel entscheiden?

Die Betroffenen selbst, ihr Arzt oder auch ein Reha-Fachberater wissen in der Regel am besten, was konkret benötigt wird. Die Entscheidung aber trifft der Sachbearbeiter einer Krankenkasse. Dabei kommen teils abstruse Begründungen zustande, warum eine Versorgung nicht bewilligt wird. Und je teurer es wird, desto wahrscheinlicher ist letztlich auch die Ablehnung.

__Haben Sie ein Beispiel?

Spontan fällt mir der Fall eines behinderten Jungen ein, dessen Mutter einen Elektrorollstuhl beantragt hatte. Es dauerte anderthalb Jahre, bis dieses Kind wieder in der Lage war, an Schulaktivitäten oder an Ausflügen mit seiner Klasse teilzunehmen. Wie lässt sich das rechtfertigen? Es muss doch auch dem Mitarbeiter der Krankenkasse klar sein, was so ein Ausschluss von der Gemeinschaft für den Jungen bedeutet.

__Kann man sich gegen eine derart ungerechte Entscheidung nicht wehren?

Oft haben Betroffene nicht die Kraft, gegen eine Ablehnung vorzugehen. Neben der psychischen Belastung spielen aber auch die Prozesskosten eine entscheidende Rolle. Aus Angst, vor Gericht zu verlieren, verzichten viele dann halt doch auf den Widerspruch.

__Wie hat sich die Pandemie auf den Bereich der Hilfsmittel ausgewirkt, ist die Krise auch so etwas wie eine Chance?

In den letzten Monaten haben wir alle erlebt, wie es ist, wenn man die Wohnung nicht verlassen kann, wenn man nicht ins Theater oder ins Restaurant ge-

Foto: WunderBild / Adobe Stock

hen kann. Das ist für viele behinderte Menschen auch ohne Coronavirus Alltag. Und unsere Gesellschaft verschränkt quasi die Arme und verweist auf eine Bürokratie und längst überholte Mechanismen, die dazu führen, dass Menschen teilweise erst nach Jahren eine umfassende Versorgung erhalten. Das sollten wir uns vor Augen führen. Vielleicht ist die Krise also vor allem eine Chance auf Erkenntnis.



Pascal Escales: Von einer Volkswirtschaft der Lebensqualität. Escales GmbH, ISBN: 978-3981904543, 19,80 Euro.

Nur geringfügig mehr Hartz IV und Grundsicherung ab 2022: SoVD fordert Reform

Neue Regelsätze viel zu niedrig

Für Arbeitslosengeld II („Hartz IV“ im SGB II) und Grundsicherung (SGB XII) schreibt der Gesetzgeber zum Jahr 2022 die Regelbeträge fort, bemisst sie also wieder neu. Zum menschenwürdigen Leben reichen die neuen Sätze aus SoVD-Sicht nicht. Der Verband kritisiert die Höhe und die Berechnung.

Foto: Irina Schmidt/Adobe Stock

Die Kluft zwischen einem Leben mit Grundsicherung und der Mitte wächst.

Basis sind zwei Größen im Bundesdurchschnitt: zu 70 Prozent die Preise für Güter und Dienstleistungen, zu 30 Prozent die Nettolöhne und -gehälter (Mischindex). Beides ermittelt das Statistische Bundesamt. Schon lange sieht der SoVD diese Gewichtung kritisch und fordert, die Lohnentwicklung stärker zu berücksichtigen.

Drei Euro mehr und zwei für Kinder sind „blanker Hohn“

Von 2021 zu 2022 steigen die Regelbedarfe um 0,76 Prozent – ganze drei Euro. Für Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren sind es sogar lediglich zwei Euro. Das sind die neuen Sätze:

- Alleinstehende, Alleinerziehende (Regelbedarfsstufe I): 449 Euro,
- Paare, Bedarfsgemeinschaften (Stufe II): pro Person 404 Euro,
- stationär untergebrachte Erwachsene (III): 360 Euro,
- Jugendliche 14–18 Jahre (IV): 376 Euro,
- Kinder 6–13 Jahre (V): 311 Euro,
- Kinder unter 6 Jahren (VI): 285 Euro.

Obwohl Verbände keine Gelegenheit zur Mitwirkung bekamen, nahm der SoVD Stellung zum Verordnungsentwurf – und kritisierte ihn scharf. Die geringfügige Erhöhung sei „blanker

Hohn für alle Leistungsbeziehenden“, so SoVD-Präsident Adolf Bauer. Durch erheblich gestiegene Preise des täglichen Bedarfes führe sie de facto zu einer Kürzung für alle Betroffenen.

SoVD fordert: Rechenmodell endlich reformieren!

Das konterkariere das Ziel des Gesetzgebers, per Mischindex den realen Wert der Leistungen zu sichern, und unterstreiche den Reformbedarf. Schon beim Regelbedarfsermittlungsgesetz hatte der SoVD gefordert, die Dynamisierung so zu

Foto: Irina Schmidt / Adobe Stock

gestalten, dass der Abstand der Grundsicherungsbeziehenden zur gesellschaftlichen Mitte nicht immer größer wird.

Der Verband tritt dafür ein, die Sätze jährlich entsprechend der Lohnentwicklung fortzuschreiben, aber anhand der Preisentwicklung anzupassen, falls diese darüber liegt. „Auf diese Weise kann soziale Ungleichheit abgemildert und sozialer Exklusion begegnet werden“, so Bauer.

Erneut kritisiert der Verband zudem die Methodik zur allgemeinen Berechnung der Regelsätze als grundsätzlich ungeeignet, um tatsächliche Bedarfe zu ermitteln. So liegen ihr die Ausgaben von Haushalten zugrunde, die selbst am Minimum leben. Willkürlich werden einzelne Posten gekürzt. Einmalige Anschaffungen sind nicht genug berücksichtigt.

Um die Höhe eines menschenwürdigen Existenzminimums zu ermitteln, empfiehlt der SoVD eine Sachverständigenkommission aus Wissenschaftler*innen, Verbänden, Gewerkschaften und Betroffenenorganisationen.

SoVD warnt: Rückforderungen können verjährt sein

Ältere Bescheide des Jobcenters überprüfen

Die Prüfung von Rückforderungsbescheiden des Jobcenters vor einer etwaigen Zahlung kann sich für Betroffene lohnen. Darauf weist aktuell die Bundesrechtsabteilung des SoVD hin.



Jobcenter

Das Bundessozialgericht entschied mit Urteil vom 4. März 2021, dass Rückforderungen in Form von Erstattungsbescheiden in vielen Fallkonstellationen nach vier Jahren verjähren und eine Zahlung damit nicht mehr erforderlich ist. Allenfalls durch einen gesonderten Bescheid zur

Durchsetzung der Forderung könne eine Verjährung erst in 30 Jahren eintreten. Eine Mahnung allein reiche hierfür jedoch nicht aus. Wer noch bestandskräftige Erstattungsbescheide des Jobcenters hat, sollte daher prüfen, ob die offenen Forderungen inzwischen verjährt sind und die Zahlungen eingestellt

werden können. Ist der Erstattungsbescheid bereits älter als vier Jahre, wäre dies ein Anhaltspunkt für eine mögliche Verjährung. Die Zahlung sollte erst nach juristischer Prüfung stattfinden, da bereits gezahltes Geld – trotz einer entgegenstehenden Verjährung – nicht zurückgefordert werden kann.

Weitergehende Hinweise und Hilfe bei der Prüfung Ihrer Bescheide erhalten Sie bei Ihrer zuständigen Rechtsberatungsstelle nach Terminvereinbarung.

Foto: Thomas Reimer / Adobe Stock

Für manche Forderungen des Jobcenters ist der Zug abgefahren.

Zweiter SoVD-Inklusionstalk: Bilanz mit Jürgen Dusel über Erfolge und Versäumnisse

Behindertenpolitik in alle Ressorts bringen

Wenige Tage vor Ende der Legislaturperiode fand in den Räumen der Bundesgeschäftsstelle der zweite SoVD-Inklusionstalk statt. Als Gast resümierte Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, gemeinsam mit Claudia Tietz, SoVD-Referentin im Bereich Politik für Menschen mit Behinderungen, die Erfolge und Versäumnisse der letzten vier Jahre. Pressereferent Christian Draheim moderierte die auf dem Youtube-Kanal des SoVD ausgestrahlte Veranstaltung. Auch externe Interessierte konnten im Vorfeld sowie während der Sendung Fragen stellen.



Foto: Wolfgang Borrs

Der zweite SoVD-Inklusionstalk, v. li.: SoVD-Pressereferent Christian Draheim, Bundesbehindertenbeauftragter Jürgen Dusel und die SoVD-Referentin für Behindertenpolitik, Claudia Tietz.

„In Deutschland leben etwa 13 Millionen Menschen mit einer, wie auch immer gearteten, Beeinträchtigung. Zusammen mit ihren Familien und Angehörigen eine nicht unerhebliche Zahl an Menschen, für die es von großer Bedeutung ist, auf das Erreichte zurückzublicken und auf die kommende Behindertenpolitik zu schauen“, hatte SoVD-Präsident Adolf Bauer bereits im Vorfeld bei der Ankündigung der Veranstaltung festgestellt.

Nachdem der SoVD-Präsident und der stellvertretende Bundesgeschäftsführer Michael Meder den Bundesbehindertenbeauftragten begrüßt hatten, zogen die Diskutierenden Bilanz aus der behindertenpolitischen Perspektive. Sie kamen dabei zu gemischten Ergebnissen.

Teilhabe in Zeiten von Corona zurückgedrängt

Mit Blick auf Corona sprach Dusel das vielzitierte Brennglas an, das bestehende Probleme deutlich gemacht habe. Dies gelte insbesondere für den Bereich der Teil-

habe: „Das Austarieren von Freiheit und Schutz war ein großes Thema in den Einrichtungen.“ SoVD-Referentin Claudia Tietz hatte es zuvor noch drastischer formuliert: „Corona hat gezeigt, wie fragil Teilhabe ist. Wir müssen dranbleiben, achtsam sein, damit uns Corona nicht noch weiter zurückwirft. Mehr noch: Wir müssen Schritte zulegen!“

Als positives Ergebnis der vergangenen vier Jahre hob der Behindertenbeauftragte hervor, dass die Pauschbeträge bei der Einkommensteuer nun deutlich höher lägen als

noch vor vier Jahren. Die Anhebung wertete auch SoVD-Referentin Tietz als ein „positives Projekt, das in dieser Legislatur als eines der Herzenthemen des SoVD über die Ziellinie gegangen“ sei.

Ganz besonders stellte Dusel die Beendigung des Wahlrechtsausschlusses von Menschen in Vollbetreuung heraus: „Es ist für mich eine große Genugtuung, dass die Wahlrechtsausschlüsse jetzt Geschichte sind für mehr als 85.000 Menschen, die einen Betreuer zur Seite gestellt haben.“

Viele Rückschritte bei der Teilhabe im Arbeitsleben

Vollkommen übereinstimmend war die Kritik der Teilnehmenden an den zahlreichen Rückschritten hinsichtlich der Teilhabe im Arbeitsleben. Jürgen Dusel bemängelte, dass die höhere Ausgleichsabgabe für Firmen, die keine Menschen mit Behinderungen beschäftigen, anders als von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) befürwortet, nicht eingeführt wurde. Claudia Tietz bekräftigte: „Der Arbeitsmarkt hat sich in der

Foto: Wolfgang Borrs



Corona-Pandemie verschlechtert für Menschen mit Behinderung; gleichzeitig sinken die Unterstützungsangebote.“

Beides sei problematisch, betonte die SoVD-Referentin: „Da ist die Ausgleichsabgabe ein wichtiger Anreiz. Wir möchten, dass Unternehmen, die keinen einzigen Menschen mit Behinderung beschäftigen, die Ausgleichsabgabe nicht länger aus der Portokasse bezahlen können.“

In der Folge ging es – unter Einbeziehung von Fragen der Zuschauenden – dann auch um die Aufgaben der nächsten Bundesregierung. Als großes Thema wurde neben der inklusiven Bildung die Barrierefreiheit benannt.

Dusel sprach hier die Assistenz im Krankenhaus an: „Dass es gelungen ist, diese nach Jahrzehnten der Diskussion umzusetzen, zeigt nicht nur, dass Barrierefreiheit eine tiefe soziale Dimension hat. Uns sollte auch bewusst sein, dass Barrierefreiheit ein Qualitätsmerkmal ist

Foto: Wolfgang Borrs

für ein modernes Land.“ Tietz ging auf das Bild der modernen Gesellschaft ein und äußerte erhebliche Kritik daran, dass zwar die gesetzlichen Grundlagen gegeben seien, die „Realisierung aber hinterhertröpfelte“. Insbesondere forderte sie, die Privaten mehr in die Pflicht zu nehmen.

Einig war man sich überdies in puncto Wohnen. Hier müsse man den sozialen Aspekt stets mitdenken, allein barrierefreier Wohnraum verdiene den Namen „sozial gerecht“.

Barrierefreiheit in allen Bereichen mitdenken

Um Teilhabe und Barrierefreiheit entscheidend voranzubringen, müsse Politik für Menschen mit Behinderungen stärker als ein Querschnittsthema in allen Ressorts mitgedacht und auch auf europäischer Ebene bespielt werden. Immerhin lebten in Europa 87 Millionen Menschen mit Behinderungen.



Unbezahlt im Einsatz für Familie und Haushalt: SoVD-Fachveranstaltung kritisiert Benachteiligung von Frauen

Wie können wir Sorgearbeit gerecht verteilen?

Frauen bringen im Durchschnitt täglich anderthalb Stunden mehr Zeit auf für Haushalt, Kinder und Angehörige als Männer. Der zweite Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zur Sorgearbeit belegte diese Gerechtigkeitslücke anhand von Zahlen. Damit setzte sich Anfang September eine hochkarätig besetzte frauenpolitische Veranstaltung des SoVD auseinander. Als dramatisch bezeichnete es dabei Bundesfrauensprecherin Jutta König, dass diese ungleiche Verteilung sich unmittelbar auf das Einkommen und somit auch auf die Rente der Betroffenen auswirke. Der SoVD setze sich aus diesem Grund für ein gesellschaftliches Modell ein, das es beiden Geschlechtern ermöglicht, Erwerbs- und Sorgearbeit zu gleichen Teilen zu übernehmen.

Wie lassen sich Erwerbs- und Sorgearbeit über den gesamten Lebensverlauf hinweg möglichst fair und partnerschaftlich aufteilen? Diese Frage diskutierten zahlreiche Vertreter*innen aus Wissenschaft, Politik und Praxis im Rahmen der frauenpolitischen Fachveranstaltung des SoVD in Berlin. Interessierte konnten die verschiedenen Vorträge und Diskussionen am Computer live mitverfolgen.

Sorgearbeit – entweder gar nicht oder schlecht bezahlt

„Putzen, waschen, kochen – was davon macht Jochen?“ So lautete, provokant zugespitzt, das Thema der Veranstaltung, die von SoVD-Bundesfrauensprecherin und Präsidiumsmitglied Jutta König eröffnet wurde. Sie wies darauf hin, dass Frauen angesichts unbezahlter Sorgearbeit oftmals kaum Zeit bliebe, ein auskömmliches Einkommen zu erwirtschaften. Weiterhin würden über-



Fotos: Wolfgang Borrs

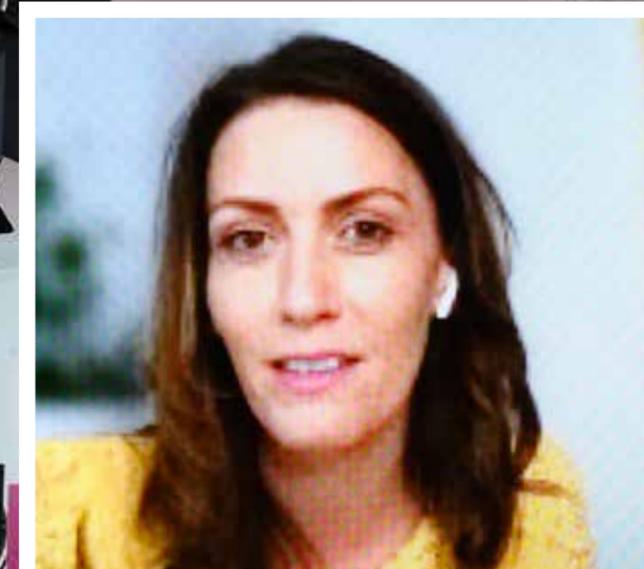
Die Bundesfrauensprecherin des SoVD, Jutta König (li.), warnte vor einer Überbelastung von Frauen. Katharina Linnepe moderierte die Veranstaltung.

wiegend weibliche Berufe, etwa in Kitas, Grundschulen oder in der Pflege, zudem weitaus schlechter bezahlt als etwa Tätigkeiten in der noch immer vorwiegend männlich geprägten Industriearbeit. Damit, so König, sei Altersarmut für viele Frauen vorprogrammiert.

SoVD-Präsident Bauer nimmt Politik in die Pflicht

SoVD-Präsident Adolf Bauer wandte sich mit einem Grußwort an die Teilnehmer*innen und warnte davor, die ökonomischen und sozialen Folgen einer vorrangig traditionellen Rollenverteilung außer Acht zu lassen. Diese entsprächen längst nicht mehr den Lebensvorstellungen moderner Paare.

An die Adresse der Politik richtete Bauer den Appell, die ungleiche Verteilung der Sorgearbeit mit familienpolitischen Leistungen ehrlich in den Blick zu nehmen. Die Verdoppelung der Kinderkrankentage sei vor diesem Hintergrund nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Mit der gerechten Verteilung unbezahlter Sorgearbeit als gleichstellungspolitisches Ziel setzte



Fotos: Wolfgang Borrs

Oben (v. li.): Ulle Schauws (MdB, frauenpolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen), Klara Geywitz (stellvertretende Parteivorsitzende SPD), Nicole Bauer (MdB, frauenpolitische Sprecherin FDP).

Unten (v. li.): Almut Schnerring und Sascha Verlan vom Verein klische*esc sowie die Familiensoziologin Dr. Karin Jurczyk.

sich Sven Paul, Referent im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), in seinem Vortrag auseinander. Ihm folgte Anja Weusthoff, stellvertretendes Vorstandsmitglied im Deutschen Frauenrat. Sie wies in ihrem Redebeitrag darauf hin, dass die Corona-Pandemie sichtbar gemacht habe, welche Bedeutung die Haus- und Sorgearbeit für unsere Gesellschaft hat. Entsprechende Tätigkeiten seien keinesfalls selbstverständlich.

Vor Rollenklischees warnten Almut Schnerring und Sascha Verlan in ihrem Beitrag. Mit dem Verein klische*esc haben sie es sich zum Ziel gesetzt, Menschen für limitierende Rollenbilder zu sensibilisieren und über deren Folgen aufzuklären.

Soziologin schlägt zeitliches Budget für Sorgearbeit vor

An der Podiumsdiskussion beteiligten sich mit Ulle Schauws (Bündnis 90/Die Grünen), Klara Geywitz (SPD) und Nicole Bauer (FDP) namhafte Politikerinnen. Gemeinsam mit Sascha Verlan diskutierten sie unter anderem



Fotos: Wolfgang Borrs

Anja Weusthoff (oben re.) vom Deutschen Frauenrat sagte, Sorgearbeit sei eben nicht „selbstverständlich“. Ähnlich deutliche Worte zur ungleichen Verteilung von Haus- und Sorgearbeit fanden auch SoVD-Präsident Adolf Bauer und die Landesfrauensprecherin des SoVD-Niedersachsen, Roswitha Reiß.

ein von Dr. Karin Jurczyk vorgestelltes Modell, mit dem sich Sorgearbeit nicht nur gerechter verteilen, sondern auch aufwerten ließe. Das Konzept der Soziologin gesteht dabei allen Menschen für ihr Erwerbsleben ein Zeit-Budget für Sorgearbeit von neun Jahren zu. Dieses ließe sich Dr. Jurczyk zufolge mehr oder minder frei auf den Lebenslauf verteilen und brächte für diese Zeiträume Geld und Rentenpunkte – etwa für Ehrenamt, Kindererziehung oder Pflege.

Frauen im SoVD fordern Gerechtigkeit

Roswitha Reiß, Frauensprecherin des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen, schloss die Veranstaltung mit einem überaus eindringlichen Appell der Frauen im SoVD. Neben öffentlichen Zuschüssen zur Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen und einer bezahlten Freistellung für Väter und Co-Mütter nach der Geburt forderte sie auch die Einführung einer Entgeltersatzleistung für Pflegezeiten.

Jährlicher Aktionstag macht auf die Lage von Menschen in psychischen Notlagen aufmerksam

SoVD beim Markt für seelische Gesundheit

Am Welttag der Suizidprävention fanden in Berlin „Der Lauf und der Markt für seelische Gesundheit“ statt. Der SoVD war mit einem Stand vor Ort. Durch Berichte aus Sozialrechtsberatungen weiß der Verband, dass Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen beim Kontakt mit Bürokratie und Behörden vor Problemen stehen können.



Foto: SoVD

Am Stand des SoVD gab es Informationen und Materialien über den Verband.

In diesem Jahr legte der Veranstalter den Markt am 10. September auf den „Welttag der Suizidprävention“ und verwies damit auf die steigende Zahl von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Nach aktuellen Daten gehen in Deutschland etwa 17 Prozent der Krankschreibungen auf psychische Erkrankungen zurück. Ungefähr 30 bis 40 Prozent der Menschen in Deutschland werden in ihrem Leben von einer psychischen Notsituation betroffen sein, sodass sie oder ihre Angehörigen Unterstützung benötigen. „Der Markt für seelische Gesundheit“ will darauf aufmerksam machen und das Thema psychische Erkrankungen und das Sprechen darüber enttabuisieren. Bei der fünften Ausgabe der Veranstaltung, diesmal am Berliner Klinikum am Urban, stellte der SoVD den Verband und seine Angebote vor. Neben dem SoVD beteiligten sich etwa 30 weitere Organisationen. Zum Programm gehörte außerdem eine Laufveranstaltung sowie ein Schwerpunkt zur Suizidprävention mit

Lesung, Filmvorführung und Unterstützungsangeboten. Betroffene haben es bereits durch ihre psychische Notlage besonders schwer, trotz des vielfältigen Angebotsnetzwerkes Zugang zu den Hilfsangeboten zu finden. Erfahrun-

gen aus den SoVD-Sozialrechtsberatungsstellen zeigen, dass Behörden für diese Personen mitunter Hürden schaffen und notwendige Hilfen verwehren. Seinen Mitgliedern hilft der Sozialverband Deutschland in solchen Krisensituationen mit der So-

zialrechtsberatung weiter. Denn über die Beratung hinaus werden Widersprüche für die Betroffenen verfasst und Schriftwechsel übernommen, um sozialrechtliche Ansprüche geltend zu machen. Aus dem Landesverband Berlin-Brandenburg bot Sozialrechtsberater Rico Gersten den Besucher*innen des SoVD-Standes bei individuellen sozialrechtlichen Fragestellungen eine erste Orientierung an. Mitarbeitende der Bundesgeschäftsstelle versorgten Interessierte mit Informationen und passenden Materialien zum zentralen Mitgliederservice, mit der Notfallkarte, Broschüren zu Vorsorgevollmachten und schützenden SoVD-Regenschirmen. In Anbetracht des regnerischen Wetters nahmen viele diese dankbar entgegen. KS



SoVD-Notfallkarte bietet schnellen Zugriff auf Informationen und Dokumente

Mehr Sicherheit im Ernstfall

Bei unvorhergesehenen Ereignissen wie zum Beispiel einem Herzinfarkt oder einem Verkehrsunfall muss es schnell gehen. Die Rettungskräfte benötigen umgehend wichtige Informationen, um effektiv helfen zu können oder Angehörige zu benachrichtigen. Möglich macht dies die Notfallkarte des SoVD.

Wer die Notfallkarte des SoVD bei sich trägt, unterstützt damit die Arbeit von Rettungskräften oder Ärzt*innen. Diese erhalten mithilfe eines darauf vermerkten Zugriffscodes schnellen Zugriff auf Informationen zu bestehenden Krankheiten, Allergien oder operativen Eingriffen.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, eine Kontaktperson zu benennen, die in einem etwaigen Notfall automatisch benachrichtigt wird. Besitzen Sie ein Haustier, um das sich jemand kümmern muss, kann auch diese Angabe über die Notfallkarte hinterlegt werden.

Durch einen virtuellen Assistenten können sich Nutzer*innen der

Karte zudem dabei unterstützen lassen, eine Patientenverfügung oder Vorsorgevollmacht zu erstellen. Auch diese Dokumente werden digital aufbewahrt und können im Ernstfall von dazu berechtigten Personen eingesehen werden. Sind darüber hinaus Änderungen oder Ergänzungen nötig, etwa infolge einer Gesetzesänderung, werden die Inhaber*innen der Karte darüber ebenfalls in Kenntnis gesetzt.

Foto: william87 / Adobe Stock

Die Notfallkarte des SoVD spart wichtige Zeit und rettet möglicherweise Leben. Der Service kostet monatlich 1,50 Euro für SoVD-Mitglieder beziehungsweise 2,50 Euro für Nicht-Mitglieder.

Sozialverband Deutschland

SOVD

Die Notfallkarte

Sicherheit – für Sie und Ihre Liebsten



Hätten Sie's gewusst?

Verkannte Leinwandgöttin

Hedy Lamarr galt in den 1940er-Jahren als eine der schönsten Frauen Hollywoods. In Filmen kam sie, wie viele Schauspielerinnen der damaligen Zeit, jedoch nur als schmückendes Beiwerk zum Einsatz. Doch die Österreicherin war weit mehr als ein Sexsymbol. Hedy Lamarr interessierte sich intensiv für Technik und entwickelte unter anderem das Frequenzsprungverfahren. Ihre Erfindung dient bis heute als Grundlage für Mobilfunk, drahtlose Netzwerkverbindungen und mobiles Internet.

Seinen Star pries der Filmproduzent Louis B. Mayer als „schönste Frau der Welt“ an. Als Hedy Lamarr wurde die in Wien geborene Hedwig Eva Maria Kiesler in kurzer Zeit zu einer Stilikone, die unter anderem Walt Disney als Vorlage für seine Zeichentrickfigur Schneewittchen diente. Kaum jemand erkannte damals jedoch, dass hinter dem Schönheitsideal auch eine überaus kluge Frau steckte. Lamarr hatte nicht vergessen, warum sie ihre Heimat verlassen musste und wollte dabei helfen, das verhasste Hitler-Regime zu besiegen. Gemeinsam mit George

Antheil entwarf sie zu diesem Zweck ein Verfahren, das über Funk gesteuerte Torpedos durch wechselnde Frequenzen schwerer angreifbar machte. Doch das Militär nahm die Filmdiva und ihre revolutionäre Erfindung offensichtlich nicht ernst: Man lehnte ab und riet, Lamarr solle stattdessen lieber „Küsse gegen Kriegsanleihen“ verkaufen.



Fotos: public domain, bluedesign / Adobe Stock

Ebenso schön wie intelligent: Schauspielerin Hedy Lamarr legte den Grundstein für die Möglichkeit der drahtlosen Datenübertragung.

Mit spitzer Feder

Flexibler Arbeiten



Impressum

Das Online-Magazin erscheint monatlich in Ergänzung zur Mitgliederzeitung „Soziales im Blick“. Gelesen werden kann es ausschließlich online unter www.sovd.de sowie (mit Zusatzfunktionen) über die App „SoVD Magazin“. Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e. V. (SoVD), Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, E-Mail: redaktion@sovd.de, Telefon: 030/72 62 22 – 0. Redaktion: Veronica Sina (verantwortlich), Joachim Schöne, Brigitte Grahl, Sebastian Triesch, Denny Brückner, Eva Lebenheim.